

Wochenlohn 2.00 M., monatlich 3.00 M. Im Voraus zahlbar. Verlagspreis 4.00 M. einschließlich Postgebühren. Auslandsendungen 6.00 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Hilf und Zeit“ und „Rheinland“, „Fremd-Unterhaltung“ und „Wissen“, „Fremd-Praxis“, „Lehrer“, „Bild in der Bucherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“... Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“... Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Tönholt 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vollbelegkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Treppentreppe, Lindenstr. 3

## Chamberlain weicht aus.

### Auf unbequeme Fragen der Arbeiterpartei keine Antwort.

London, 19. Dezember.

Im Unterhaus wurde Chamberlain von verschiedenen Mitgliedern befragt, ob er über seine Besprechungen in Lugano insbesondere hinsichtlich der Rheinlandräumung und der Reparationsfrage eine Erklärung abzugeben gedenke. Chamberlain führte aus: Ich habe dem in Lugano ausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wenig hinzuzufügen. Die Ratstagung in Lugano war das erste Zusammentreffen zwischen Briand, Dr. Stresemann und mir seit März. Sie gab uns Gelegenheit zur Beseitigung einiger Missverständnisse und zu einem sehr freundlichen Meinungsaustausch, wie er jedes Mal bei unserem Zusammentreffen stattzufinden pflegt. Es wurde kein neuer Beschluß gefaßt oder angestrebt. Die Reparationsfrage wird auf dem ordentlichen Wege behandelt, und wir haben nicht verhehlt, daß diesbezüglichen Verhandlungen, deren Mittelpunkt Paris ist, durch Parallelverhandlungen zu komplizieren. Wir sind darüber einig, daß in erster Linie die Einsetzung des Sachverständigenausschusses gesichert werden muß, und wir hoffen, daß dieser Ausschuss möglichst bald nach Beginn des neuen Jahres die Arbeit aufnehmen kann. Unsere Erörterungen über die anderen in der Septemberversammlung der sechs Mächte erwähnten Fragen hatten lediglich sondernde und vorbereitende Charakter. Aber ich gewann aus ihnen den Eindruck, daß die Umstände einer Lösung günstig sind, wenn weitere Polsemiken vermieden werden können, solange die Sachverständigen an der Erfüllung ihrer Aufgabe arbeiten. Das ist alles, was ich im öffentlichen Interesse und im Interesse des Friedens gegenwärtig sagen kann.

Am weiteren Verlauf der Unterhausdebatte fragte Kenworthy: Werden irgendwelche Vorschläge gemacht werden, um die Räumung des Rheinlandes zu erreichen? Ist es richtig, daß jetzt mit der Räumungsfrage ein sogenannter

polnischer Cocarnovertrag

verknüpft wird?

Chamberlain antwortete: Ich habe bereits mitgeteilt, daß ich in den von mir erteilten Antworten alles gesagt habe, was im öffentlichen Interesse Englands oder im Interesse des Friedens zu sagen

ist. Ich muß es ablehnen, irgend eine weitere Frage zu beantworten.

Auf diese Erklärung Chamberlains folgte ein Meinungs-austausch zwischen Mitgliedern der Arbeiterpartei und dem Sprecher.

Der Sprecher gestattete nicht, daß weitere Fragen in dieser Sache gestellt wurden.

und die Mitglieder der Arbeiterpartei protestierten dagegen, daß es ihnen, wenn es auch dem Minister nicht verfaßt werden könne, eine Antwort abzulehnen, nicht wenigstens gestattet wäre, Fragen zu stellen.

Wedgwood richtete dann an Chamberlain die Frage, ob er im Hinblick darauf, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, irgend eine Art von Kontrolle im Rheinland nach 1935 in Erwägung zu ziehen, mitteilen wolle, ob diese Ablehnung oder die französische Forderung nach einer solchen Kontrolle die Unterstützung der englischen Regierung habe.

Chamberlain verwies den Fragesteller auf die Angaben des dritten Abschnittes des der Presse in Genf am 16. September übergebenen Kommuniqués und auf die Angaben des der Presse in Lugano am 18. Dezember übergebenen Kommuniqués und lenkte die Aufmerksamkeit des Fragestellers besonders auf den letzten Absatz des Kommuniqués von Lugano, das er zitierte.

Wedgwood entgegnete darauf, dies beziehe sich nicht auf seine Frage. Er fragte weiter: Treten wir in den Verhandlungen, die jetzt im Zusammenhang mit der Dauer dieses Kontrollausschusses vor sich gehen, für den französischen Vorschlag ein, daß der

Kontrollausschuss auch nach 1935

weiterbestehen soll, oder für den deutschen Vorschlag, der seine Dauer bis 1935 begrenzt wissen will, oder haben wir in dieser Frage überhaupt nicht Stellung genommen?

Chamberlain verwies Wedgwood in seiner Entgegnung auf die vorhergehende Frage und erklärte, er habe alles gesagt, was gegenwärtig nützlich oder angemessen zu sagen sei.

## Eine Komödie der Diktatur.

### Das künftige Wahlsystem in Italien.

Cocarno, im Dezember.

Nur Wenige können sich wohl, nach den stückweisen Mitteilungen der Presse, eine klare Vorstellung davon machen, wie die kommenden Kammerwahlen in Italien stattfinden sollen. Bisher hatte man in Italien das allgemeine Wahlrecht. Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hatte, war wahlberechtigt. Heute ist das Wahlrecht auf die Mitglieder der faschistischen Syndikate beschränkt. Aber die entrechteten übrigen Bürger verlieren nicht eben viel, denn es ist ein Wahlrecht eigener Art, aus dem die berühmte „Ständevertretung“ hervorgehen soll. Während sonst bei indirekten Wahlen der erste Grad wieder Wähler wählt, also gewissermaßen sein Wahlrecht durch Delegation ausüben läßt, stellen die berechtigten Körperschaften im faschistischen Regime durch ihre Nationalräte nur Kandidatenlisten auf. Bei dem autokratischen Stil des Faschismus bedeutet das, daß die der Bestätigung durch die Regierung bedürftigen Sekretäre dieser Körperschaft die Kandidaten bezeichnen.

Und zwar bezeichnen die Syndikate der Arbeiter und Unternehmer zu gleichen Teilen 800 Kandidaten, während die übrigen 200 von nicht syndikalischen Verbänden bezeichnet werden, nämlich von denen, die, wie die Staatsbeamten und Staatsarbeiter von der syndikalischen Organisation gänzlich ausgeschlossen sind, von kulturellen Verbänden, wie der „Dante Alighieri“, von den Universitäten, den Mittelschulen, von Sportvereinigungen und dem Verband der Kriegsinvaliden. Als einzige politische Organisation finden wir das „Katholische Zentrum“, die faschistischen Merikalen mit dem Recht auf 8 Namen.

So bekommen wir eine Liste von 1000 Namen, während nur 400 Abgeordnete zu wählen sind. Nun tritt der hohe Rat des Faschismus in Funktion, der die Abgeordneten aus den 1000 auswählt. Er kann aber die Vierhundert auch durch Personen ergänzen, die gar nicht vorgeschlagen wurden, kann im übrigen, falls nicht weitere Ausführungsbestimmungen ihm beschränken sollten, mit den Vorgeschlagenen schalten und walten wie ihm paßt. Er braucht von den Vorgeschlagenen der Arbeitersyndikate nicht eben soviel zu wählen, wie von denen der Unternehmersyndikate.

Dieser hohe Rat, der seinen Funktionen nach eine Promenadenmischung von exekutiver und legislativer Gewalt darstellt, setzt sich zusammen aus Mitgliedern auf Lebenszeit und aus solchen, die ihrem Amt die Mitgliedschaft verdanken. Unter den „Lebenslänglichen“ befinden sich einige, die auch in anderen Ländern es zu etwas „Lebenslänglichem“ gebracht hätten, sogar mit Staatsverpflanzung, die sie als Mitglieder des hohen Rates nicht genießen. Auf Lebenszeit gehören der Körperschaft an: 1. die „Quadrumbirenen“ des Marsches auf Rom; 2. die Generalsekretäre der faschistischen Partei seit 1922; 3. die Mitglieder der Regierung, die bereits drei Jahre dem hohen Rat angehören. Unter 1 und 2 haben wir eine kleine Verbrechergalerie, nämlich drei der „Quadrumbirenen“, De Vecchi, der nach der grauenhaften Ermordung von 20 Sozialisten und Kommunisten im Dezember 1922 den Mörderin telegaphisch seine Verflechtung aussprach (er war damals Unterstaatssekretär für Kriegs-pensionen); Del Bono, der als Generaldirektor der Polizei den Mörderin Matteotti die falschen Pässe ausstellen ließ, bei der Vorbereitung des Mordes und den Versuchen, seine Spuren zu verwischen, beteiligt war und moralisch verurteilt aus dem Prozeß vor dem Senat als Obersten Gerichtshof hervorging; Italo Balbo, heute Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, gegen den die Staatsanwaltschaft vergebens den Antrag auf Strafverfolgung als Auftraggeber der Ermordung des Erzpriesters Don Minzoni bei der Kammer gestellt hat. Unter 3 haben wir die abgelegten und weiter wirkenden Generalsekretäre, also Giuntia, den nur sein Parlamentsmandat von der Verurteilung wegen verurteilten Mordes an dem Abgeordneten Forni geschützt hat, Farinacci, der sich selbst durch den Ruf „es lebe Dumin!“ und durch eine unter seinem Ehrenwort erklärte Lüge gekennzeichnet hat. Marinelli, der zusammen mit Cocarino Pessi und Del Bono den Mord an Matteotti vorbereitete. Soviel zur Charakteristik des moralischen Niveaus.

Auf Grund ihres Amtes gehören dem hohen Rat an: die Präsidenten des Senats und der Kammer, die Minister, der Unterstaatssekretär der Ministerpräsidentenschaft, der Generalissimus der faschistischen Miliz, die Mitglieder des faschistischen Parteivorstandes, die Präsidenten der (noch zu bildenden) italienischen Akademie und des faschistischen Bildungsinstituts, der faschistischen Kinderorganisation, des Spezialgerichts, der syndikalischen Konföderationen und des Genossenschaftsverbandes. Alle diese, deren Sitz im hohen Rat aus ihrem Amte folgt, werden durch königliches Dekret ernannt. Andere Mitglieder, für deren Wahl nur der Wille Mussolinis entscheidet, können auf 3 Jahre durch Dekret des Premierministers ernannt werden, unter denen, die Verdienste um die Nation und die faschistische Revolution haben. Die dem König zugewiesene Aufgabe,

## Die Kriegsgefahr gebannt.

### Aufgaben der Schlichtungskommission in Südamerika.

Paris, 19. Dezember.

Nach einer Meldung aus Washington nimmt man an, daß das von der Panamerikanischen Konferenz mit der Beilegung des Konflikts zwischen Bolivien und Paraguay zu betraute Komitee lediglich die letzte Phase des Streikfalls, vor allem die vier oder fünf bewaffneten Zusammenstöße in den letzten zehn Tagen, berücksichtigen werde. Der eigentliche Grenzstreit, der nunmehr seit 50 Jahren anhängig sei, werde wahrscheinlich einem anderen Vergleichsorganismus überlassen werden.

Die Regierung von Paraguay hat nach der Einberufung von 30 000 Reservisten die Einberufungsmaßnahmen eingestellt. Die Streitkräfte von Bolivien haben sich auf ihre Operationsbasis zurückgezogen.

### Besprechungen in Paris.

Paris, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der französische Außenminister hatte am Mittwoch mehrere Besprechungen mit dem Generalsekretär des Völkerbundes sowie den Vertretern einer ganzen Reihe südamerikanischer Staaten. Man schreibt allgemein der von Briand entfalteten Aktivität das Hauptverdienst an der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsgefahr zwischen den beiden südamerikanischen Republiken zu.

Der „Temps“ erklärt am Mittwoch abend, daß die Entscheidung der beiden Staaten, die Panamerikanische Konferenz anzurufen, durchaus ihren Verpflichtungen als Völkerbundmitglieder entspräche, die wohl die friedliche Beilegung von Konflikten, aber keine In-fanz vorgeschrieben. Der Völkerbund würde, meint das Blatt, vielleicht sogar auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen sein, wenn der Rat das Schlichteramt hätte übernehmen sollen.

### Die Aufgabe des Völkerbundes vorläufig erfüllt.

London, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

In England atmet man auf, nachdem Bolivien und Paraguay das Schlichteramt der Panamerikanischen Konferenz angenommen haben. Es wird erwartet, daß der Völkerbund jetzt nicht weiter eingreifen braucht und zunächst eine abwartende Haltung einnehmen kann.

In seiner Rede an Kellogg, in der sich der bolivianische Außenminister bereit erklärt hat, das Schlichteramt der Panamerikanischen Konferenz anzunehmen, wird die Bedingung gestellt, zunächst einmal die Ursachen des Angriffs auf Fort Vanguardia genau feststellen zu lassen. In der bolivianischen Note wird außerdem die von der bolivianischen Regierung immer wieder aufgestellte Behauptung wiederholt, daß Paraguay der Angreifer war und die behauptete Mobilisation der bolivianischen Truppen bestritten.

## Wildwest in Nordbayern.

### Raubüberfall auf die Stationskasse in Kulmbach.

Kulmbach, 19. Dezember.

Am Mittwoch abend drangen zwei Räuber mit vor-geladenem Revolver in die in der Güterabfertigungsstelle untergebrachte Stationskasse der Station Kulmbach ein und raubten, während sie den Kassens-vertwalter mit der Waffe bedrohten, 9 000 M.

Die Räuber flüchteten darauf mit einem Mietauto nach Lichtensfeld, wo sie am Stadteingang von der inzwischen benachrichtigten Gendarmerie angehalten wurden. Während der Führer des Mietautos die Bremse zog, schossen die beiden Räuber durch die Fenster des Autos auf die Gendarmeriebeamten und verletzten dabei einen Oberwachmeister am Arm. Sie flüchteten dann im Schutz der Dunkelheit in Richtung Michelau, verfolgt von den gesamten Beamten der Gendarmeriestation Lichtensfeld. Die Gendarmeriebeamten der umliegenden Stationen wurden verständigt, ebenso die Landespolsizei in Coburg und Bamberg. Das gesamte Gelände ist abgesperrt worden und wird jetzt mit Hilfe von zwei Volkshunderten durch-sucht.

# Moral und Kunst.

## Moderoffensive im Landtag.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Partei, der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Zentrums und die Deutsche Fraktion haben im Landtag zwei Urträge und eine Große Anfrage eingebracht, deren Zweck es ist, durch Gesetzgebung und Verwaltungsmassnahmen die Kunst in noch höherem Grade als bisher in ihrer Freiheit zu beengen.

In dem einen Urtrag heißt es:

„Am Theaterleben, insbesondere der Großstädte, zeigen sich in steigendem Maße Erscheinungen, die geeignet sind, die Empfindungen der gesund denkenden Bevölkerung zu verletzen. Wir weisen auf folgende Ausschüsse hin: die immer hemmungstolerante und oft geistlose Darstellung des Nackten; das Hinsitzeln von Verwerflichkeiten und zynischen Joten in die Darstellung; die Verächtlichmachung von Ehe, Familie und Mutterkult; die Verhöhnung religiöser Empfindungen und Anschauungen unter Volkstreue.“

Das Staatsministerium wird ersucht, gegen diese „Auswüchse“ die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaschinerie in Bewegung zu setzen. In dieselbe Reihe schließt die Große Anfrage, wenn sie die Staatsgewalt gegen die Angriffe auf die Fürsorgeerziehung in der Literatur und auf der Bühne zu mobilisieren versucht.

Der zweite Urtrag wendet sich gegen „erotische Erzeugnisse“ in Zeitungsständen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, in Schaufenstern und an Plakatsäulen.

Hält man die beiden Urträge und die Anfrage nebeneinander, so ergibt sich, daß sich die in den letzten Wochen erfolgten Aktionen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit, die Standale einiger radikalistischer Nationalisten und die an sich berechtigte Klarstellung des Landesjugendamtes im Fall Lampel zu einer einheitlichen Moderoffensive verdichtet haben, mit der man sich auseinandersetzen muß.

Das Bezeichnende an der von den fünf Parteien nunmehr offiziell sanktionierten Bewegung ist, daß sie sich ohne Ausnahme gegen Kunstwerke richtet, deren sittlicher Ernst auch von der Gegenseite nicht geleugnet wird, nicht aber gegen jene Kunstwerke minderen Grades, die der leichtfertigen Unterhaltung jenseits aller Moral dienen wollen. Zum Angriff stehen: Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“, Bruckners „Verbrecher“ und Lampe's „Revolte im Erziehungsheim“. An dem renommierten Amüsbetrieb, der lediglich an Sinnenfreude und Sinnlichkeit appelliert, an den zahlreichen Lustspielen oft zweideutigen Charakters, an dem Plumbetrieb, den näher zu kennzeichnen nicht nötig ist, gehen die Angreifer flüchtig vorüber.

Das kennzeichnet die Situation. Die Offenstoe gilt weniger dem Schutz einer Sittlichkeit, die durch das Theater seiner ganzen Lage nach heute nicht gefährdet werden kann, als einer Gesinnung, die man fürchtet. Es ist der Geist der Rebellion, es ist die „Suchtrote“ im Künstler, wie George Grosz es ausdrückte, die man in einer gewissen Schicht des Bürgertums unheimlich machen möchte.

So lächerlich es ist, in einer Zeit, in der das Problem des Verbrechers und des Strafzuges, das Problem des

Verbrechers, der Sexualnot, der Umformung altergebrachter Moralanschauungen und religiöser Begriffe Öffentlichkeit und Parlamente auf das Intensivste beschäftigt, die Kunst von einer freien Erörterung dieser Probleme ausschließen zu wollen, scheint man diese Lächerlichkeit nicht, weil es stets die Taktik dieser gewissen Bürgerschicht gewesen ist, Formen auch dann noch als staatserhaltend hinzustellen, wenn sie längst zerbrochen sind.

Die antragstellenden Parteien des Landtags begeben sich damit auf das Niveau jenes Pfarrers, der in grotesker Verkennung der Tatsachen nach dem Gotteslästerungsparagraphen rief, als Jungnickel in durchaus frommgläubiger Absicht den lieben Gott über die Bühne spazieren ließ. Würde das, was die Bürgerblockparteien fordern, Talsache, dann müßte der größte Teil der Werke Strindbergs, dann müßte Bedekind von der Bühne verschwinden und was von der klassischen Literatur vergangener Epochen dann noch übrigbliebe, wäre nicht immer das Wertvollste. Es liegt nun einmal im Wesen des Künstlers, daß sein Werk eine Auseinandersetzung mit den Erscheinungen und Problemen seiner Zeit ist, und daß er die Qual seiner Zeit durch seine Intensität ins Bewußtsein hämmert. Hier durch Normen und Paragraphen reglementieren zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen.

Schiller nennt das Theater — und er meinte die gesamte Kunst damit — eine moralische Anstalt. Das ist auch heute nicht anders. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Moralbegriffe derselben Wandlung unterworfen sind wie die anderen Erscheinungen des Lebens auch. Einen Hauch davon konnte man bei den Erörterungen über die Todesstrafe und die Eheerbschaftsreform in den Reichstagsausschüssen verspüren. Einen Hauch davon verspürte auch der Kritiker der „Germania“ als er nach der Uraufführung der „Verbrecher“ schrieb:

Auch diese „Verbrecher“ sind ein Drama, das seinen Schöpfer ebenso zu Hause zeigt im heutigen Leben wie auf der gegenwärtigen Bühne. Aber sie sind darüber hinaus, ein groß gewagter Griff in das in Zeichen der Prozesse und der Verbrecher täglich hitziger umstrittene Problem von der irdischen Gerechtigkeit. Das fordert mehr als ästhetische Auseinandersetzung; es geht um grundsätzliche. Wer Ferdinand Bruckner auch sei, der geistige Abend offenbarte weit mehr noch als der in Renaissance-Theater den vollgültigen Zeitdramatiker, der seinen Stoff und sein Thema allseitig zu entfalten und ein gutes Bild voranzutragen vermag; aber es ist nicht zu leugnen — das beweist die ideale und die formale Lösung — daß er sich dabei zuletzt verliert in den üblichen modernen, hilflosen Auffassungen. Sein selbst gestecktes Ziel findet er nicht, — jedenfalls noch nicht dramatisch.

Die Urträge der Antragsteller im Landtag richten sich auch gegen Bruckners „Verbrecher“. Sie richten sich damit, wie das Beispiel zeigt, gegen die erste Kunst als solche, und damit richten sie sich selbst. Zum Schutze der Sittlichkeit gegen böswillige Plauderkunstwerke genügen die bestehenden Sicherungen vollst. Der Versuch, darüber hinaus die Kunst zu knebeln, wird mißlingen.

die zu ernennen, die ihm Mussolini vorschreibt, ohne bei dem von Mussolini Ernannten mitreden zu können, scheint vom „Becco Stallo“, dem jetzt in Paris erscheinenden Wipblatt erfunden zu sein. Es zeigte unlängst einen Affen, der seiner kostbaren Drüsen beraubt war, um Mussolini die Boronoffsche Verjüngung zu ermöglichen. „Was tun wir nun mit dem armen Tier?“ — „Das kann ja König werden.“

So ist die Körperlichkeit beschaffen, die die Abgeordneten ernannt. Jedes ihrer Mitglieder ist von Mussolini ernannt worden oder hat seiner Bestätigung bedurft. Die Liste des hohen Rats wird dann von den Syndikatsmitgliedern in Urnen gesteckt. Das nennt man Bestätigung. Die Ausführungsbestimmungen darüber fehlen noch.

Wenn sich in dem ganzen System irgend etwas ändern, durch das sich der Wille der Wähler kundtun könnte, so müßte man sagen, es wäre eine ungeheure Benachteiligung der arbeitenden Masse, das mit seiner Millionen umfassenden Kopfzahl nur ebensoviel Vertreterorschläge darf wie die paar Tausend Unternehmer und Grundbesitzer. Da es aber überhaupt kein Wahlsystem ist, kann man es nicht als solches kritisieren. Das ganze ist nur ein kostspieliger Vorhang, hinter dem Mussolini und eine Handvoll seiner Kreaturen Privilegien verschänken oder verschauern. Der Ministerpräsident hat ganz offen gesagt, daß die neue „Ständevertretung“ nach dem Umweg über Syndikate und hohen Rat „die übergroße Mehrheit“ der bisherigen Abgeordneten wieder nach Montecitorio bringen wird. Dafür die Umstände!

## Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten?

### Eine Komplizierung des Reichsbahnkonflikts.

Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, beabsichtigt sein Rücktrittsgesuch einzureichen, um damit gegen das Vorgehen der Reichsregierung bei der Ernennung der neuen Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahngesellschaft zu protestieren. Eine solche Demonstration wäre überaus bedauerlich, sie müßte den Eindruck hervorrufen, daß Herr Dr. Simons die Reichsregierung eines Rechtsbruchs beschuldige. Von einem Rechtsbruch ist keine Rede.

Ein solcher Schritt würde ferner den Reichsgerichtspräsidenten dem Vorwurf der Inkonsistenz aussetzen. Er hat seinerzeit hingenommen, daß die Regierung März einem Urteil des Staatsgerichtshofs nicht zur Ausführung verhelfen hat. Damals lag ein Urteil vor — heute handelte es sich um ein nicht abgeschlossenes Verfahren, bis zu dessen Entscheidung die Reichsregierung ihre volle Handlungsfreiheit behielt.

Eine Komplizierung des Reichsbahnkonflikts durch ein Rücktrittsgesuch des Reichsgerichtspräsidenten wäre deshalb in jeder Hinsicht zu bedauern.

## Bayern macht nicht mit!

München, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Bayern hat sich in der Frage der Besetzung der Verwaltungsratsplätze bei der deutschen Reichsbahn dem Vorgehen Badens nicht angeschlossen. Dies ist nach einer Mitteilung von ausländischer Seite darauf zurückzuführen, daß die augenblickliche Situation Bayerns in dieser Frage dem Reich und der Reichsbahn gegenüber eine andere ist als die der Länder Baden, Württemberg und Sachsen. Bayern ist im Verwaltungsrat der Reichsbahn nach wie vor durch den früheren Augsburg Eisenbahnpräsidenten Dr. Hertel vertreten. Würdigen werden die Interessen Bayerns durch die Feststellungsfrage des Reichs beim Staatsgerichtshof berührt werden. Durch diese Klage soll eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeigeführt werden, daß den Ländern Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern überhaupt kein Vertreter im Verwaltungsrat zusteht.

In diesem Zusammenhang interessiert ein sogenannter Rückverpflichtungsvertrag, den Bayern im Anschluß an die Abmachungen des Frühjahr 1924 mit dem Reich geschlossen hat. In diesem im Juli des gleichen Jahres abgeschlossenen Vertrag, der bloßer der Deffenlichkeit nicht bekannt geworden ist, hat sich Bayern nach einer Mitteilung der „Bayrischen Staatszeitung“ seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn nochmals durch das Reich anerkennen lassen. Die übrigen süddeutschen Länder erblicken in diesem Geheimvertrag eine Parts Illiquidität Bayerns.

## Monarchisch usw.!

### Eine nicht ganz ungetrübte Jubelfeier.

Gestern war es zehn Jahre her, daß der erste Vorstand der Deutschnationalen Partei unter Vorsitz des Staatsministers a. D. Herz gebildet wurde. Herr Herz hat aus diesem Anlaß eine Elegie verfaßt, die er jedoch in keinem der zahlreichen deutsch-nationalen Blätter Berlin unterbringen konnte. Die „Kommerische Tagespost“ in Stettin, wo man noch nicht so hugenbergisch ist wie anderwärts, hat sie abgedruckt. Herr Herz betont, daß es sich um „keine ganz ungetrübte Jubelfeier“ handelt, zumal sich die Deutschnationale Partei „in vorübergehenden Widrigkeiten“ befinde, die wiederum auf etwas Vorübergehendes, nämlich auf ihre einstige Regierungstätigkeit, zurückzuführen sind. Denn, so schreibt er wörtlich:

Je größer der Glaube an unseren unerschütterlichen Idealismus war, um so stärker mußte die Enttäuschung sein, wenn es in der praktischen Ausübung zu Kompromissen kam, die jedenfalls zunächst wie eine Einbuße an nationaler, monarchischer usw. Einstellung aussehbar.

Nun soll die nationale, monarchische usw. Einstellung wieder zur vollen Höhe des Prinzips entwickelt werden, und erschüttert fühlt man das edle Pathos echter Ueberzeugung, das aus diesem „usw.“ erdröhnt. . .

## Reichswehr, Republik, Monarchie . . .

Generalleutnant Böllwarth, Befehlshaber des Wehrkreises IV, hatte in einer Geheimbesprechung monarchistischer Offiziersverbände angeregt, auf einem Uebungsplatz der Reichswehr bei Dresden ein Denkmal zur Erinnerung an die „königlich preussische Armee“ aus Reichswehrmitteln zu errichten mit dem ausdrücklichen Ersuchen, die ganze Angelegenheit streng geheim zu halten, 500 M. zu dem Zweck zur Verfügung gestellt. Reichswehrminister Groener erfuhr davon und fand die Sache nach eingehender Prüfung befähigt. General Böllwarth wurde darauf die Abkündigung des Reichswehrministeriums ausgesprochen, da sich sein Verhalten mit den Dienstpflichten eines auf die Republik vereidigten Offiziers nicht vereinbaren lasse . . .

## Westarp polemisiert.

### Den Sad schlägt man, den Esel meint man.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, polemisiert gegen „ein nationales Blatt“, das den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Treviranus Vorwürfe wegen seiner Panzerkreuzzugrede im Reichstag gemacht hat. Herr Treviranus hatte der Haltung Friedrich Oberis zum Wehrproblem Anerkennung gesollt Herr Birch hatte diesen Satz in der „Deutschen Republik“ tröstlich unterstrichen, und Herr Treviranus dadurch bei den Patennationalen verdächtig gemacht. Graf Westarp stellt sich vor Treviranus und erklärt in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Im übrigen wird man es nicht als unzulässig betrachten können, wenn ein verantwortlicher Politiker einzelne Leistungen auch anerkennt. Das ist der Schärfe des politischen Kampfes da, wo er notwendig ist, keinen Abbruch.“ Wozu diese öffentliche Feststellung einer politischen Elementarwelsheit? Weil Herr Treviranus seit seiner Panzerkreuzzugrede Herrn Hugenberg nicht mehr als zuverlässig erscheint. Herr Graf Westarp, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, belehrt also Herrn Hugenberg, den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, auf dem Umwege einer Polemik gegen ein „nationales Blatt“ über politische Elementarfälle.

## Kommunistentheater im Landtag.

### Ein Mißtrauensantrag, der die Weihnachtsferien unterbricht.

Am Schluß der gestrigen Landtagssitzung brachten die Kommunisten noch einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett wegen der Geheimhaltung der Konfordatoverhandlungen ein. Ihr Antrag, darüber schon am Donnerstag, dem 20. Dezember, zu verhandeln, wurde abgelehnt.

Da nach den Bestimmungen der Verfassung über ein eingebrachtes Mißtrauensvotum die Entscheidung innerhalb vierzehn Tage fällen muß, hat der sofort nach Schluß der Sitzung zusammenberufene Ausschuss beschlossen, die Aussprache über das Mißtrauensvotum am 28. Dezember, 13 Uhr, und die Abstimmung darüber am 2. Januar 1929, ebenfalls 7 Uhr, stattfinden zu lassen.

Die Kommunisten wissen natürlich genau, daß ihr Mißtrauensvotum der Ablehnung verfallt. Es kam ihnen also nur darauf an, Theater zu machen. Jedenfalls soll diese neueste Aktion ihren Reuten im Lande zeigen, daß auch sie im Parlament „positive Arbeit“ leisten.

## Wo stehen wir mit Polen?

### Dr. Hermes erstattet in Berlin Bericht.

Das deutsche und das polnische Volk sind im Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen, die den jetzt dreieinhalb Jahre währenden deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg beenden sollten, von der Handelsvertragsdiplomatie so oft enttäuscht worden, daß die allgemeine Skepsis gegenüber dem weiteren Verlauf der Verhandlungen berechtigt erscheint.

In der letzten Aussprache der beiden Delegationsführer am Sonntag scheint nun aber eine Anzahl wichtiger Verhandlungspunkte so weit geklärt worden zu sein, daß endlich die Grundlagen für einen Vertragsabschluss auf breiter Basis gegeben ist. So wurden die beiderseitigen Ansichten über die Ausfuhr von polnischem Vieh und von Viehprodukten so weit festgestellt, daß auf der nächsten Verhandlung die Frage des Schweineexports und der Durchfuhr polnischer Schweine durch deutsches Gebiet zur Sprache kommen kann. In der noch nicht geklärten Frage des Holzabkommens fordert Polen eine völlig getrennte Behandlung von den übrigen Handelsvertragsfragen, so daß sich Dr. Hermes neue Instruktionen von der Reichsregierung einholen muß.

Da Polen die Einzelheiten des vorliegenden deutschen Angebotes als gegebene Grundlage für einen Vertragsabschluss ansieht, kann Deutschland erwarten, daß die polnische Delegation sich positive Vorschläge zu den wichtigen deutschen Forderungen der Befreiung bestimmter Einfuhrzölle und der Ermäßigung verschiedener besonders industrieller Zolltarifposten machen wird. Auch die Frage der Anpassung der polnischen Frachtsätze an die Sonderfrachttarife nach Danzig und dem polnischen Hofen Gdingen, die Deutschland im Interesse von Estlin und Königsberg fordert, muß noch geklärt werden.

Die nächste Zusammenkunft der Verhandlungsführer ist auf den 9. Januar 1929 festgesetzt worden. Ohne übertriebene Erwartungen zu hegen, läßt sich doch feststellen, daß die nach dem Abbruch im Oktober gänzlich verfahrenen Verhandlungen ernstlicherweise wieder in Fluß gekommen sind, so daß der Abschluß eines umfassenden deutsch-polnischen Handelsvertrages wieder wenigstens in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist.

## Die kassierte Protestwahl.

### Aufregung in Belgien.

Brüssel, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat die Wahl des Flamenführers Borms in Antwerpen für ungültig und den unterlegenen Liberalen Baesbe für gewählt erklärt. Dieses Verfahren hat in den flämischen Landesteilen Entrüstung verursacht. Demonstrationen für und wider die Entziehung der Kammer sind in ganz Belgien an der Tagesordnung. In Löwen sind mehrere Studenten wegen Teilnahme an einer flämisch-antiflämischen Demonstration von der Universität ausgeschlossen worden. Am Donnerstag soll eine große nationalistische Studentendemonstration in Brüssel vor sich gehen.

Der Senat wird das Amnestiegesetz wider Erwarten nicht schon in dieser Woche, sondern erst im Januar 1929 behandeln. Es ist unbestimmt, ob dadurch auch die Freilassung Les Borms bis dahin verzögert wird. Vielleicht folgt ihn die Regierung noch vor Weihnachten von sich aus auf freien Fuß.

Der Reichparteivorstand des Zentrums, der in Köln neu gewählt wurde, hält am Sonntag, dem 20. Januar 1929, in Berlin seine erste Sitzung ab. Auf dieser Tagung wird der geschäftsführende Vorstand gewählt werden.

# Oberschlesiens Deutschstum wehrt sich.

Deutscher Volksbund widerlegt Joliffis Angriffe.

Kattowitz, 19. Dezember.

Die gesamte deutsche Presse Oberschlesiens veröffentlicht einen offenen Brief des Deutschen Volksbundes an den Minister Joliffi im Zusammenhang mit den im Völkerrundrat gegen den Volksbund erhobenen Anschuldigungen.

In diesem Brief wird festgestellt, daß das Beschwerderecht des Deutschen Volksbundes vom Präsidenten der Gemischten Kommission am 26. November 1923 anerkannt worden ist und die polnische Regierung das Beschwerderecht des Volksbundes in einer vom Völkerrundrat am 23. März 1924 zur Kenntnis genommenen Erklärung anerkannt hat. Weiter wird mit Nachdruck unterlagert, daß der Volksbund mit Beschwerden überschüttet habe; der Volksbund habe grundsätzlich den Beschwerdeweg bei den Bundesbehörden beschritten. Nur die

## Überaus schleppende Behandlung dieser Beschwerden

und die damit verbundene Gefährdung lebenswichtiger Interessen der deutschen Bevölkerung habe den Volksbund zur unmittelbaren Anrufung des Völkerrundrats gezwungen. Mit dem Unterricht des derzeitigen Völkerrundrats seien auf Grund besonderer Vereinbarungen die meisten Beschwerden im Wege unmittelbarer Verständigung ohne Anrufung des Völkerrundrats erledigt worden. Dieses bewährte Verfahren habe mit Amtsantritt des derzeitigen Völkerrundrats geendet. Zu den Ausführungen Joliffis über die zahlreichen Klagen der deutschen Minderheit wird ausgeführt, daß sämtliche Unterlagen hierüber mangels einer Volkszählung fehlten. Es wird jedoch festgestellt, daß für die deutsche Minderheit nicht 90, sondern nach dem Stande vom 1. Dezember

nur 77 öffentliche deutsche Volksschulen

bestehen mit einer Schülerzahl von rund 17.500. Zu der Anschuldigung, daß der deutsche Volksbund die Ursache des Nationalitätenkampfes und der politischen Unruhe sei, wird er ungelegentlich von Joliffi behauptet und sogar den Umsturz vorbereite, wird erklärt, daß kein Urteil den Volksbund als den Urheber der behaupteten Unruhe bezieht. Der von dem Minister mit Namen genannte Abgeordnete Uffig sei überhaupt noch nicht zu der gegen ihn erhobenen Beschuldigung gehört worden. Es wird erklärt, daß der Volksbund neben kulturellen Aufgaben den Rechtsschutz seiner Mitglieder zum Hauptzweck habe. Wenn dieser Rechtsschutz einen so großen Umfang angenommen habe, so liegt das nicht am Deutschen Volksbund. Der Deutsche Volksbund habe seine

Mitglieder von jeder auf die verlässliche Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten hingewiesen.

Der Kampf um die Rechte der nationalen Minderheit sei dem Volksbund fremd. Er richte sich nicht gegen den Staat, sondern gegen diejenigen Behörden, die die Rechte der deutschen Minderheit verletzen. Die Verletzung der deutschen Minderheitsrechte verfassungsmäßig und vertragsmäßig verbürgten Rechte durch die Behörden werde u. a. auch durch den Präsidenten der Gemischten Kommission anerkannt.

Der offene Brief schließt: Die gegen uns erhobenen Vorwürfe der staatsfeindlichen Gesinnung und Betätigung weisen wir im Namen der im Deutschen Volksbund ohne Unterschied der Parteien, des Bekenntnisses und der sozialen Stellung vereinten Deutschen mit dem ganzen Ernst ihrer Überzeugung und ihrer Kampfweise durchdrungenen Menschen auf das entschiedenste zurück.

Der offene Brief ist unterschrieben von Edwin Groß, Handelsrat in Danzig, Vorsitzender des Völkerrundrats und vom Abg. Uffig in den Vorstand.

## Die Widerlegung wird unerdrückt!

Kattowitz, 19. Dezember.

Die „Kattowitzer Zeitung“ und der „Oberschlesische Kurier“, die den offenen Brief des Deutschen Volksbundes an Joliffi veröffentlichten, sind beschlagnahmt worden.

## Das Ueberfliegen deutschen Gebietes aufgeklärt.

Wie erst jetzt deutsch-offiziell mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem polnischen Flugzeug, der vor einigen Tagen in der Höhe der polnischen Grenze von verschiedenen Personen über deutschem Boden gesichtet worden sind, um Verkehrsflugzeuge, die Polen bei den Vorkriegszeiten in Holland befliegen und für die die deutsche Regierung das Ueberfliegen Deutschlands gestattet hatte.

## Der „Quotidien“ erledigt.

Paris, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Mit dem Austritt des Direktors des „Quotidien“ Dumay hat der Stand der „Gazette du Franc“ eine weitere Ausbesserung erfahren. Während die Leser des „Quotidien“ den politischen Nachrichten ihres Direktors folgen, lagie die Polizei dessen Wohnung bereits unter Siegel. Gleichzeitig wurde im Hause des Direktors der bekannte Zeitung „Ameur“ Anquetil eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Der „Quotidien“ hatte seinen Handelstil von der „Gazette du Franc“ verpackt; er gestattete außerdem, daß in die „Gazette du Franc“ der dem Konzern angehörenden Agentur Interpresse Nachrichten der dem Konzern zur Verfügung zu werden. Hiermit den Kopf des „Quotidien“ zur Verfügung zu werden. Hiermit den Kopf des „Quotidien“ zur Verfügung zu werden. Hiermit den Kopf des „Quotidien“ zur Verfügung zu werden.

Der Schweizerische Nationalrat hat das Gemeindefestimmungsrecht (Befugnis zum Alkoholverbot) mit 113 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Vertrauensvotum in Estland. Der unter sozialdemokratischer Führung stehenden neuen estnischen Regierung wurde vom Parlament mit 54 gegen 22 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Im Verlauf der Debatte über die Regierungserklärung erklärte Ministerpräsident Gen. Kaja wiederholt das Wort zur Rechtserklärung der in Aussicht genommenen Politik gegenüber der bürgerlichen Opposition. Der von dem Bauernbund vorgelegte Misstrauensantrag wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Verfassung eines ehemaligen lettischen Kriegsministers. Der ehemalige lettische Abgeordnete und Kriegsminister Janis Goldmann ist wegen betrügerischer Geldgeschäfte verhaftet worden.

Von 150.000 Pariser Schülern sind nach einer amtlichen Zählung 15.000 Franzosen und weitere 60.000 Schülern aus Frankreich. Das ist in erster Linie auf den Mangel an genügend großen und gefestigten Schulräumen und an ausreichender Heizung und Beleuchtung zurückzuführen.

# Im Rat der Notabeln.



Herzog Wilhelm Marg von Afghanistan: „S. M. Amanullah ernannte uns anlässlich des Besuchs in Berlin zu Herzögen. Also müßten wir ihm jetzt eigentlich zu Hilfe eilen. Aber ich schlage vor: wir lassen es bei einem Beileidstelegramm bewenden.“

# Flugzeugbericht aus Kabul.

Lichtsignal: Alles in Ordnung.

Delhi, 19. Dezember.

Nach Meldungen aus Afghanistan sollen die Aufständischen zwei die Stadt Kabul beherrschende Forts mit großen Mengen Waffen und Munition genommen haben und Verstärkungen abwarten, um den Angriff weiter vorzutreiben. Das englische Flugzeug, das mit der britischen Gesandtschaft in Verbindung zu treten suchte, wurde durch einen Schuss in den Ruder zum Niedergehen gezwungen. Nach einer halben in Delhi eingegangenen Meldung hat dieses Flugzeug Kabul am Vortag überflogen und die Nachricht überbracht, daß alle Mitglieder der britischen Gesandtschaft wohl auf sind.

## Chamberlain gibt Auskunft.

London, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus teilte Außenminister Chamberlain mit, daß bei Djalalabad ein neuer Kampf getobt hat und Kabul am 14. und 15. Dezember von Aufständischen angegriffen wurde, die im Westen der Stadt zwei Forts eingenommen hatten. Genauere Informationen liegen seit diesem Tage nicht vor, da die britische Gesandtschaft, die außerhalb der Stadt liegt, nicht mehr in der Lage ist, die Funkstation zu benutzen. Ein Flugzeug, das gestern nach Kabul lag, berichtet, daß der Befehl nach noch anderen Truppen erteilt ist und daß die Gesandtschaft durch Lichtsignale mitteilt: Alles in Ordnung. Die indische Regierung hat Vorkehrungen getroffen, um im Notfall durch Flugzeuge die britischen Staatsangehörigen aus Kabul abzuholen. Der Führer der Aufständischen hätte am 14. Dezember der britischen Gesandtschaft versichert, daß sie gegenüber der Gesandtschaft keinerlei feindselige Absichten hätten.

## Auffand für die Feudalherren.

Afghanistan ist neben Persien und Beludschistan eines der Länder des Hochlandes von Iran, dessen nördliches Teil es einnimmt. Es ist mit einem Flächeninhalt von etwa 625.000 Quadratkilometer größer als Deutschland, hat aber im ganzen nur 9 Millionen Einwohner. Wie der ganze Iran, ist auch Afghanistan ein rauhes und wildes Plateau. Das Hochgebirge des Hindukusch, bis über 10.000 Meter hoch, durchzieht wie ein kräftiges Rückgrat das ganze Afghanistan, das vom Meere weit entfernt liegt, daher ein trodenes Kontinentalklima hat. Infolgedessen ist die Pflanzenwelt des Landes recht arm. Seine Berge sind waldlos. Afghanistan ist jedoch mit Rohstoffen reich gesegnet. Dort sind Kupfer, Blei, Zink, Eisen, Kohle, Petroleum, Gold, Silber und andere Bodenschätze vorhanden. Alle diese Naturerzeugnisse müssen jedoch erst erschlossen werden. Amanullah bezieht sich auch in dieser Richtung.

Afghanistans Bevölkerung besteht aus mehreren Rassen, Völkern, Sprachen und Religionsgemeinschaften. Afghanistan ist seit dem 18. Jahrhundert unter diesem Namen bekannt, seit der Zeit, als die Vorherrschaft der Afghanen endgültig wurde, erst seitdem ist Afghanistan ein unabhängiger Staat. Die eigentlichen Afghanen sind nur ein Drittel der ganzen Bevölkerung; etwa 2 Millionen Afghanen leben in den benachbarten nordindischen Gebieten. Sie sind als iranisches Volk den Persern verwandt, auch ihre Sprache dem Persischen. Aber Wahrscheinlichkeit nach sind die Afghanen Nachkommen der in der alten Geschichte des Orients erwähnten Pasjars; so nennen sie sich heute noch selbst. Sie sind in verschiedene Stämme geteilt und treiben hauptsächlich Viehzucht. Viele sind Nomaden. Die Blutrache kommt noch vor.

Von den anderen Völkern Afghanistans sind vor allem zu nennen die schiffen Labdiks. Lediglich wird in Afghanistan nur ein winziger Teil des Landes bebaut. Weitere Stämme sind die Usbeken, Solaren, Kirgisen — turkistanische Volksstämme — wie auch Hindus, Juden, Raffiren und Sirds. Die meisten von ihnen sind Händler iranischer und mongolischer Rassen, doch im Glauben alle mohammedanische Sunniten.

Als Amanullah (geb. 1862) 1919 ans Ruder kam, war Afghani-

## Anna Nichols: Dreimal Hochzeit

Berliner Theater.

Nährkomödie aus dem jüdischen Familienleben, aus Amerika importiert. Kompromisse zwischen Herrschelbade und Wehnachtsmärchen. Weil die Braut Christin ist, groß Papa Lewy zwei unmöglich lange Alte mit seinem Sohn. Bis das traue Wehnachtsfest im dritten Akt den Fluch der Eltern glücklicherweise von den Kindern nimmt. Das Publikum findet den amerikanischen Schmarren herzlich und spendet begeistert Beifall.

von ein tatsächliches Schutzgebiet von England und wurde ungenügend durch das Foreign Office vertreten. Es war fast abgeschlossen, von Europäern nur selten betreten; etwa wie die benachbarten nordindischen Gebirgsgebiete. Es gelang dem jungen Emir, die russisch-britische Rivalität zu seinem und seines Landes Gunsten auszunutzen und die Anerkennung seiner Unabhängigkeit durchzusetzen.

Afghanistan hat nie aufgehört, ein Janfeld zwischen dem nördlichen und dem südlichen imperialistischen Reichen zu sein.

Daß es auch gegenwärtig eine tiefe Kluft durchziehen muß, ist nicht zuletzt die Folge davon; während England und Rußland auf afghanischem Boden, wie in ganz Asien, einander schonungslos bekämpfen, verhalten sie ihre ersten Schläge diesen Pufferstaat, der Britisch-Indien und Rußisch-Zentralasien voneinander trennt. Wenn die sowjetrussische und die englische Presse die gegenwärtige Regierung für die Ereignisse in Afghanistan verantwortlich macht, beweist sie damit, daß keines der rivalisierenden Nachbarreiche schuldlos ist.

Ausschlaggebend sind allerdings bei den afghanischen Vorgängen innere Faktoren. Paschastizigen haben dabei augenscheinlich mitgewirkt, wie doch schon der ältere Bruder Amanullah als Thronpräsident genannt. Ihm und namentlich seinem Onkel Kasrullah Khan als dem gefährlichsten Rivalen hatte Amanullah, der dritte Sohn seines Vaters, zuerst befehlen müssen, um auch den Thron bestiegen zu können. Nach entscheidender Wahl über die

## Jealousie afghanischer Stammeshäupter und höhere Beamten

bezeichnet werden. Sie bilden eine Einheitsfront gegen Amanullah und seine Reformen. Abschaffung oder zumindest Einschränkung des Scheriat (des religiösen Rechts), Abschaffung religiöser Schulen, des Schülers, der Bierbrenner und einiger anderer altertümlicher Institutionen, ferner gleichzeitige Einführung von westlichen Gerichten und Schulen, ja, Veruche gemeinsamer Erziehung von Knaben und Mädchen, Schaffung eines Parlamentes, Beseitigung von korrupten Verhältnissen unter der Beamenschaft, die aus den Reihen der Stammeshäupter und der Geistlichen rekrutiert wird — diese und sonstige Maßnahmen waren Grund, um sich gegen den Neuerer aufzuheben, dessen Reformen nicht nur einen Bruch mit der religiösen und volkstümlichen Tradition bedeutete, sondern auch eine Gefährdung der wirtschaftlichen Interessen der einheimischen geistlichen und weltlichen Würdenträger. Durch die Maßnahmen Amanullahs wurden ihre Einnahmen verringert, ihre Steuern an den Staat jedoch vergrößert. In der heranwachsenden neuen bürgerlichen Klasse haben sie nicht nur ihren wirtschaftlichen, sondern auch ihren gesellschaftlichen Feind, den zukünftigen Träger der neuen sozialen Ordnung. Aber auch die Stärkung der Zentralmacht und die Schaffung einer modernen organisierten Wehrmacht

## betrachteten die Häuptlinge der bewaffneten Nomadenstämme als die größte Gefahr.

für ihre eigene Macht, als der Träger des alten Feudalsystems. Wollen wir also die heutigen Ereignisse in Afghanistan wirtschaftlich erklären, so müssen wir darin nicht zuletzt den historischen Kampf zwischen dem bürgerlichen und dem feudalen System erblicken.

Dr. A. Aboghian.

Der Hamburger Senat wählte am Mittwoch den bisherigen ersten Bürgermeister Karl Petersen wiederum in dieses Amt und beauftragte als zweiten Bürgermeister den Sozialdemokraten Rudolf Ros. Die Wahl gilt für das Jahr 1924.

Gesandter Haukild-Helsingfors gestorben. Am 18. Dezember ist der Gesandte in Helsingfors, Haukild, im Alter von 48 Jahren gestorben. Aus dem sächsischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, trat er im Jahre 1910 in den auswärtigen Dienst ein. Bis zum Kriegsausbruch war er als Botschafter in Moskau tätig, tat dann Heeresdienst und wurde im Juli 1917 der Gesandtschaft in Kopenhagen zugeteilt. Im Jahre 1920 erfolgte seine Einberufung in das auswärtige Amt, wo er 1922 zum Vortragenden Legationsrat ernannt und 1924 zum Dirigenten befördert wurde. Seit 1923 war er Gesandter in Helsingfors.

Die Mietkämpfe in Deutsch-Oesterreich wird einem Unterausschuß des Wohnungsausschusses zur Erledigung überwiesen. Falls eine Einigung nicht zustandekommt, soll die endgültige Entscheidung dem Volke überlassen bleiben. Damit wird eine Forderung der Sozialdemokratie erfüllt.

Mietenkampf in Frankreich. Justizminister Barthou beschäftigt im nächsten Jahre eine erhebliche Mietpreiserhöhung, die stark beantragend ist. Auch im Kabinett zeigen sich starke Widerstände.

